



Jedem, nur mit ihnen zu verhandeln, denn dann wäre immer wieder eine Majorität vorhanden. Die Verhandlungen nahmen eine immer größer werdende Gestalt an. Zwei Mitglieder der Fraktion wurden nach Berlin entsandt, um beim Parteivorstand anzufragen. Ein Bescheid darüber wurde in der Fraktion nicht gefaßt. Die Führungsnahme beim Verhandeln ergaben folgendes Resultat: Anerkennung der stärksten Partei auf den Posten des Ministerpräsidenten, sowie zwei weitere Minister. Zusammenfassung aller auf dem Boden der republikanischen Staatsform stehenden Kräfte zur Verwirklichung des Gedankens einer Volksgemeinschaft zum Schutze der Republik, sowie zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Aufbau der Staatsverwaltung, Ausbau der Ministerien durch Vereinfachung, Erhaltung des staatlichen Besitzes, Förderung der sozialen Fürsorge im Rahmen der Reichsgesetzgebung, Hebung der Lage aller Minderbemittelten usw. (Zwischenruf Reichstag: Wo bleibt der Verlagerungsplan?).

Was man hier

Die Möglichkeit einer Koalitionsregierung

mit Demokraten und Deutscher Volkspartei vor Augen sah, kam der Beschluß des Dezember-Parteitages, daß die Bildung jeder Koalition an das formelle Zustimmung eines Landesparteitages gebunden ist, in Betracht. Zu diskutieren brauchte man die Sache überhaupt nicht.

Die Fraktionsmehrheit meinte nun, wir stehen vor einer vollkommen neuen Situation, die der Dezember-Partei nicht voraussehen konnte. Welches ist nun die neue Situation? Sie bestand darin, daß die bürgerlichen Parteien einmütig hatten, in welcher außerordentlich günstiger Situation sie sich befanden. Man glaubte, daß ein bürgerlicher Kandidat 46 Stimmen auf sich vereinigen könnte, während die Sozialdemokraten nur 40 Stimmen aufbrachten, so daß auf diese Weise ein bürgerlicher Ministerpräsident gewählt werden könnte. Das ist die neue Situation, die man angeblich nicht vorhersehen konnte. Wir haben in der Fraktion darauf hingewiesen, daß alle Parteigenossen, die bei den Regierungsabmachungen dabei gewesen, diese Situation immer und immer wieder vor Augen gehabt haben. Um dieser Gefahr zu entgehen, waren zwei Wege möglich. Einmal, die Kommunisten zu fragen, ob sie weiche Teile abgeben wollen. Man hat die Kommunisten nicht gefragt. Bei aller Volksehrlichkeit, die man den Kommunisten zutrauen kann, werden sie niemals das Odium vor der Arbeiterschaft auf sich nehmen, daß sie dadurch die Regierungsmehrheit in die Hand der Bürgerlichen hineingespielt hätten. Wenn dieser Weg nicht gangbar war und keine Aussicht auf Erfolg hatte, kam als zweiter Weg in Frage, der durchaus im Sinne der überwiegenen Mehrheit des Dezember-Parteitages gelegen hätte, die Auflösung des Landtages zu beschließen. Auch dieser Weg wurde nicht beschritten.

So sehen wir, daß die angeführten Gründe in keiner Weise stichhaltig sind. Man wollte über den Kopf des Landesparteitages vom Dezember hinweg den neuen Landespartei tag vor

eine vollendete Tatsache

zu stellen. Man ist mit voller Absicht auf die große Koalition eingeleitet, nachdem man sich vorher das Einverständnis geholt hat. Um diese Ungeheuerlichkeit, die einzig dastehende, abzuwenden, haben wir vom geschäftsführenden Bezirksvorstand uns entschlossen, einen neuen Weg zu beschreiten, um das Unglück zu verhüten. Der geschäftsführende Bezirksvorstand, der den Antrag auf Wahlabsicht abgeben sollte, bietet, daß ihn für diese Handlung Indemnität erteilt wird. Es war das letzte Mittel. Die letzte Brücke, die der Fraktionsmehrheit geboten wurde, um die Entscheidung bis nach dem Landespartei tag hinauszuschieben. Daß dieser Antrag gewirkt hat, zeigen die Presseäußerungen der bürgerlichen Zeitungen. Ob wir diesen Antrag eintrachten, ist der Fraktionsmehrheit durch den Genossen Hellisch nach ein Vermittlungsvorschlag vorgelegt worden, der auf telegraphischem Wege die Landesparlamentarier einberufen wollte, damit der Beschluß auf eine höhere Basis gestellt werden könnte. Darauf wurde erklärt, daß man hierauf nicht eingehen könne, daß vielmehr die Antwort darüber, ob man sich dem Votum der Landesparlamentarier füge oder nicht, die Abstimmung des Parteitages ergeben würde. Über den Punkt große Koalition oder nicht. Man wollte unter allen Umständen die Koalition wackeln lassen oder brechen. So ist es gekommen, daß die Fraktion in zwei Teile auseinandergefallen ist. Die 15 Genossen, die nicht gewillt waren, über den Beschluß des Parteitages hinwegzugehen, waren gezwungen, eine Erklärung abzugeben, die durch die Presse bereits bekannt geworden ist. Wir stehen vor einer Situation, die politisch die bedenklichste ist, die man sich denken kann.

Die Genossen haben zu entscheiden, ob sie dem Disziplinbruch schärfster Art zustimmen wollen, oder nicht. Das Kabinett steht im Jammern und Klagen zustand gekommen, ohne ein Wort zu sagen, wurde Genosse Hellisch an die Wand gedrückt. Daraus erkennen wir, daß Hellisch seinerzeit nur ein Notnagel war.

das große Unheil des Sozialismus

hinweisen. Für uns kommt zwar das Parlament als ein sehr wichtiger politischer Faktor in Frage, aber in der großen Gesamtbewegung ist auch das Parlament nur ein Reaktionsfaktor. Wir haben uns auch der außerparlamentarischen Mittel zu bedienen, um den Kampf des Proletariats zu führen. Sollten wir durch eine Landtagsauflösung in eine Widerwehr gedrängt werden, ist es durch eine geschickte Opposition möglich, die bürgerliche Mehrheit derartig in Schach zu halten, daß sie bei Ausschöpfung aller parlamentarischen Mittel in kurzer Zeit wieder beseitigt werden kann. Die Frage was dann, brauchen wir heute nicht zu beantworten. Wenn die Waffen erledigt sind, werden wir sehen, was kommt. Unter keinen Umständen dürfen wir uns durch die Erklärung Hellichs an die Seite der Bürgerlichen drängen lassen. Auch die Einstellung der Kommunistischen Partei wird eine völlig andere werden. Dahingehende Ansichten sind bereits vorhanden. In Moskau hat es schwere Auseinandersetzungen gegeben die zu einem Verzicht gegen Kollom und Ruth Fischer geführt haben. Ist eine sozialdemokratische Widerwehrorganisation unmöglich geworden, können wir die Opposition so lange führen, bis wir als Sozialdemokraten die unbedingte Majorität erlangt haben. Durch eine geschickte Opposition, durch Stellung positiver Entwürfe und Gesetzesvorschläge muß es in absehbarer Zeit gelingen, diese Kräfte für uns zu gewinnen und eine Mehrheit der Sozialdemokratie auf diese Weise herbeizuführen.

Nachher verbreitet sich sodann über

die Unhaltbarkeit des Ausnahmezustandes.

der zusammengebrochen sei. Wir müssen mit aller Energie die sofortige Auflösung des Landtages betreiben. Wollen wir als Partei intakt und schlagkräftig bleiben, so ist das nur der einzige Weg. Dann können wir wieder gutmachen, was sich sonst als ein großes Unheil auswirken könnte. Wenn heute Marx und Engels unter uns weilen könnten, würden sie sich zweifellos in dem Sinne entscheiden, sich mit ganzer Energie auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen, nachdem uns das Diktat der Schwermindustrie aufgezwungen worden ist. Bei einer Einstellung in diesem Sinne kann uns der Sieg unter keinen Umständen von unsrer Hand genommen werden. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattete Genosse Götzel, Leipzig. Anwesend waren 65 Delegierte, 10 Mitglieder des Landesarbeitsausschusses, 18 Mitglieder der Bezirksvorstände, 8 Mitglieder des Parteivorstandes (Wels, Dittmann, Hilferding), 4 Mitglieder der Reichsdiskussion, 8 Mitglieder der Landtagsfraktion, 6 Vertreter des A. D. G. V. und ein Vertreter der K. A. Außerdem waren als Gäste 6 Genossen der Reichsdiskussion und die Mehrzahl der Genossen der Landtagsfraktion anwesend. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt.

Darauf hielt Genosse Hermann Müller, Leipzig, von der Landtagsfraktion das Wort. Einleitend verwies er auf die Mittelungsblätter und Mitteilungen, ganz gleich, von welcher Seite sie kommen. Diese Dinge sind Erscheinungen, die nicht mit schönen Redensarten beseitigt werden können. Solche Erscheinungen machen sich in allen Parteien bemerkbar, und können nicht immer nur als Schwächen erklärt werden. An die Spitze seiner Ausführungen stellte Genosse Krug den Disziplinbruch der Fraktionsmehrheit. Dazu habe er zu bemerken, daß es in der Parteigeschichte Dutzende von Fällen gäbe, wo Parteitagsschlüsse ignoriert werden müßten. Auch Bebel hat einmal gesagt, daß es Situationen geben könne, in denen es Pflicht sei, Beschlüsse zu brechen. Was die Fraktionsmehrheit getan hat, ist

kein Disziplinbruch.

Sie hat es getan, weil sie glaubte, die Verantwortung nicht übernehmen zu können, daß vor dem Parteitag die ganze Situation in Sachsen verstanden werde. Der Parteitag hatte sich grundsätzlich gegen jede Koalition ausgesprochen, während der Dezemberpartei tag diese Auffassung korrigiert hat. (Lachen.) Hätte das der Parteitag nicht tun wollen, dann müßte er auf seiner Haltung vom März bestehen bleiben. Die Fraktionsmehrheit ist nicht gewesen, die in einer gemeinsamen Sitzung mit den Landesparlamentarier den Antrag stellte, einen Landespartei tag einzuberufen. Als Termin wurde der 3. Feiertag beantragt. Von uns sind alle Möglichkeiten, die Dinge hinauszuzögern, erschöpft worden. (Ruf: Die Sache ist erledigt.) Das konnten wir am Freitag noch erreichen! Müller: Das ist eine Verdächtigung, die ganz unangebracht ist. In der Deutschen Volkspartei war ein atemberaubender Kampf gegen die Koalition eingeleitet, der zu den deutsch-nationalen hinübergeführt. Wir haben alles versucht, die Dinge hinauszuschieben.

um dem Parteitag nicht vorzugreifen. Selbst wenn die Wahl eines bürgerlichen Ministerpräsidenten verhindert worden wäre — und das ist verhindert worden — habe er auf dem Standpunkt geblieben, nachdem alle Vereinbarungen mit den Kommunisten gescheitert sind, reinen Tisch zu machen: Landtagsauflösung oder große Koalition. Wären nicht zwei Parteitage dieser Art immer wieder ausgeschrieben, dann wäre uns dieser Ort erspart geblieben. Es wären uns aber auch viel Demütigungen in der Öffentlichkeit erspart geblieben. Nach den Ausführungen des Genossen Krug sieht es aus, als ob die 15 Genossen der Opposition grundsätzlich gegen die Koalition sind. So ist es nicht. Viele Genossen haben sich der Opposition nur angeschlossen, weil sie sich vor dem Disziplinbruch fürchteten. In der Winterzeit gibt es Genossen, die der Meinung sind, daß wir nach den Neuwahlen bei einer Wiederholung in die Koalition gehen müßten.

Nachher verwahrte sich und die Fraktionsmehrheit sodann entschieden gegen den Vorwurf, daß sie die Interessen der Arbeiterschaft preisgegeben hätten. Die Parteigenossen, die 20 und 30 Jahre für die Partei gearbeitet haben, werden nicht leichtfertig einen Disziplinbruch begehen. Wir haben diesen Schritt getan, weil wir es im Interesse der Partei für nützlich und unbedingt notwendig hielten. Wie waren wir in der Fraktion bis auf zwei Mann in der Auffassung (Stürmische Zustimmung: Nicht wahr!) einig. (Erneute stürmische Zustimmung: Nicht wahr!), daß uns eine Neuwahl keine andere Situation bringt. Was würde durch eine Wahl erreicht? Die Strafe wäre weitergeschleppt worden. Nachdem der Kommunist Dittmer erklärte, daß sie nach einer Neuwahl seiner sozialdemokratischen Widerwehrorganisation Unterstützung leisten würden, war sich die Fraktionsmehrheit einig, daß eine andere Situation nicht herbeigeführt werden kann. Die Kommunisten betreiben seit 3 Jahren eine konsequente Politik,

die darauf hinausläuft, eine Führergarnitur nach der andern abzuwürgen. Würden wir eine radikale Fraktion erhalten, würde man auch diese Garnitur abgeben, um die Partei zu zerstören.

Wacht man in den Wahlkampf, muß man den Genossen folgen, was man geleistet hat, was man getan hat, um empfehlen zu können, uns zu wählen. Mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen nicht intern bleiben, sollte er sich weitere Angaben darüber erlauben. In den fünf Jahren der proletarischen Regierungstätigkeit haben wir vier Regierungskrisen durchgemacht. (Ruf: Wie im Reich!)

Nachher ist sich vollständig klar, welche starke Belastung die Koalitionspolitik für die Partei bedeutet; aber ich hatte abgesehen, was schwerer für die Partei ist, ob man jetzt die Koalition eingibt, oder ob man mit leeren Händen in eine Wahl geht, um mit einer Niederlage daraus hervorzugehen und dann schließlich daselbst zu tun, was jetzt getan wurde. Trotz Koalitionspolitik hat man gegenwärtig in Preußen gefestigte Parteiverhältnisse. Wir haben in Sachsen alle Experimente und Möglichkeiten von Regierungskoalitionen hinter uns. Das zeigt, daß wir auf diese Weise eine Politik nicht weiterführen können. Schwächer ist die Wahrheit nicht. Wir selbst auf die Hilfe dieser angewiesen, die man heute beurteilen will. Man sollte doch alles aufbieten, um die wenigen Kräfte, die wir in der Partei haben, nicht zu verdrängen, sondern zur Stange halten. Wenn man über den Disziplinbruch der Fraktionsmehrheit reden wollte, dann müßte man sich auch gegen den Disziplinbruch des Landesarbeitsausschusses wenden, der dem Parteitag in der schwerwiegendsten Frage des Volkstümlichkeits vorgreiften habe. (Beifall!)

(Fortsetzung des Berichtes folgt.)

Eine unrichtige Darstellung auf dem Parteitag

Auf dem Landespartei tag ist auszuführen worden, die Fraktion habe den Genossen Hellisch als Ministerpräsidenten fallengelassen. Auf Befragung des Genossen Hellisch müssen wir diese Darstellung als irreführend bezeichnen.

Der Landeshauptmann ist folgender: Genosse Hellisch hat der Fraktion erklärt, daß er bei der Wahl des Ministerpräsidenten im Landtage aus dem Saale gehen wird, weil die Koalition nicht ohne Zustimmung des Landesparteitages gebildet werden dürfe. Bei dieser Sachlage war es selbstverständlich, daß Genosse Hellisch nicht selbst Ministerpräsident werden konnte, ehe der Parteitag entschieden hätte. Deshalb wurde der Genosse Hellisch gewählt. Genosse Wel stellte darauf Widerspruch vor der Fraktion, daß sich die Wahl Hellichs nicht gegen die Person Hellich richte, sondern nur die Folge des Ausgangs der Sache sei. Es kann daher von einem Falllassen des Genossen Hellich durch die Fraktion nicht geredet werden.

Außerdem hat am darauffolgenden Tage die Fraktion dem Genossen Hellisch das Wirtschaftsministerium angeboten. Genosse Hellisch hat in Konsequenz seines Standpunktes, ihm die Entschliebung bis nach dem Parteitag zu stunden. Dem wurde stattgegeben. Es ist deshalb nicht richtig, wenn dem Landespartei tag gesagt worden ist, die Fraktion habe Hellisch fallengelassen.

Entschliebung zur Gemeinderatswahl

Am 13. Januar hat das sächsische Volk über die zukünftige Gestaltung des Gemeindelebens zu entscheiden. Mit der alten Gemeindeverfassung ist ein Stück der bürgerlichen Vorherrschaft aus der monarchistisch-reaktionären Vorkriegszeit erschlagen worden. Das Bürgerrecht hat damit sein durch Vorrechte geschütztes Bollwerk in den Gemeinden verloren.

Deshalb versuchte die bürgerliche Reaktion in den letzten Monaten unter dem Druck des Ausnahmezustandes mit allen Mitteln das Inkrafttreten der neuen Ge.

meinderordnung zu verhindern. Diese Versuche sind gescheitert. Jetzt gilt es für die breite Masse der sächsischen Bevölkerung, alle Kräfte anzuspannen, um den Sieg der bürgerlichen Parteien bei den Gemeinderatswahlen zu verhindern.

Die Gemeinderatswahlen geben den kämpfenden Arbeitern die Möglichkeit, trotz wirtschaftlicher und politischer Reaktion im Angriff gegen die reaktionären Bollwerke des Bürgerrechts in der Gemeindeverwaltung vorzugehen.

Die Wahlen geben weiter die Möglichkeit, der Reaktion eine Quittung für alle die Gewalttaten auszustellen, die die Arbeiterklasse in den letzten Wochen und Monaten erdulden mußte.

Angeichts dieser außerordentlichen Bedeutung der Wahlen fordert der Parteitag die Parteigenossen auf, in den wenigen Tagen bis zur Wahl alle Kräfte im Wahlkampf einzusetzen für den Sieg der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Auf zum Sturm gegen die bürgerlichen Bollwerke in den Gemeinden!

Auf zur Abrechnung mit der Reaktion!

Der 13. Januar muß den Beweis erbringen, daß trotz aller Ungunst der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, trotz der brutalen Unterdrückung der Arbeiterklasse, die breite Masse der sächsischen Bevölkerung hinter der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei steht!

Militär diktiert der Justiz

Weimar, 4. Januar. An das Thüringische Justizministerium hat der Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld eine Beschwerde gerichtet, in der es heißt:

In der Strafsache gegen den Minister Hermann führte als Verteidiger des Beschuldigten über das Verhalten der Staatsanwaltschaft Beschwerde. Aus der Beschuldigung Hermann führt nach seiner Festnahme vom dem Staatsanwaltschaftsrat Müller übernommen wurde, rief Müller nach halbseitiger Vernehmung den Staatsanwalt Kober und Hahn, der geschwindig in die Vernehmung eintritt. Insbesondere fragte er Herrn Hermann, warum so viel Beamte noch angestellt worden seien und ob er wolle, daß bei den Prüfungen nur Beamte zugelassen werden seien, die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes seien, der sich, wie ja allgemein bekannt sei, aus linken Sozialisten, ehemaligen Unabhängigen, aus kommunisten, Hermann erwiderte, daß der Allgemeine Deutsche Beamtenbund eine gewerkschaftliche Organisation sei und daß er keine Urkata habe, mit dem Staatsanwalt über diese Dinge zu diskutieren. Der Staatsanwalt erwiderte darauf, es sei sehr eigenartig, daß die Anstellungen, die vorgenommen worden seien, in so großem Maße und so plötzlich erfolgt seien. Herr Hermann antwortete: Die Akten werden beweisen, daß die Anträge schon seit Wochen und Monaten von den Straßbedienten eingegangen sind, auch von solchen Straßbedienten, die nicht Sozialisten sind. Hermann erklärte der Staatsanwalt: Wir sind gezwungen, nach Ihren Notizen zu suchen und wir haben den Eindruck, Sie hätten, als Sie sahen, daß die Regierung abtreten müsse, nur noch recht viel Sozialisten zu Beamten machen wollen.

Aus diesem Verlauf der Vernehmung des Herrn Hermann geht hervor, daß Staatsanwaltschaftsrat Müller einen Uebergriff des Staatsanwalts ruhig hingelassen hat. Dieser hatte kein Recht, in die Vernehmung einzugreifen, die durch den zuständigen Staatsanwalt im Ermittlungsverfahren vorgenommen wurde. Das Verhalten des Staatsanwaltschaftsrats Müller, der diesen Uebergriff des Staatsanwalts duldet, steht im schärfsten Widerspruch zum Gesetz, das eine Mithilfe des Staatsanwalts nicht kennt.

Die Verhaftung des Herrn Hermann ist offensichtlich auf Veranlassung und unter dem Druck des Staatsanwalts erfolgt. Ich habe dem Staatsanwaltschaftsrat Müller an dem Kopf zugezogen, daß er selbst die Verhaftung des Ministers Hermann gar nicht habe vornehmen wollen, daß dann, aber der Staatsanwalt ihm gezwungen habe: Sie haben schon Neubauer entlassen lassen und daß erst daraufhin die Festnahme des Herrn Hermann erfolgt ist. Staatsanwaltschaftsrat Müller hat diesen Vorgang nicht ganz in Abrede gestellt, er hat nur erklärt, die Sache habe sich nicht ganz so verhalten, aber im allgemeinen hat er den Vorgang nicht in Abrede gestellt. Auch dies Verhalten des Staatsanwaltschaftsrats Müller verstößt gegen das Gesetz. Er hat sich offensichtlich nicht von einer sachlichen Prüfung der Frage, ob Bruno zur Verhaftung Hermanns vorlag, leiten lassen, er hat vielmehr dem Druck des Staatsanwalts nachgegeben. Hierüber fügte ich Beschwerde. (geg.: Rosenfeld.)

Zehnstundentag für die Eisenbahner!

Nachdem die Reichsregierung die Dienstzeit der Beamten auf wöchentlich mindestens 54 Stunden festgesetzt hat, betrifft sich die Reichsbahnverwaltung, gestützt auf das Wörtchen „mindestens“, die Dienstzeit für die Eisenbahner über 64 Stunden hinaus zu verlängern. In dem den Gewerkschaften unterbreiteten Abänderungsvorschlag wird zwar für „besonders anstrengende Beschäftigung“ die achtstündige Arbeitszeit beibehalten, im übrigen aber der zehnstündige Arbeitstag angeordnet. Nach den bisherigen Erfahrungen wird die Reichsbahnverwaltung es schon fertig bringen, mit juristischer Spitzfindigkeit nachzuweisen, daß „besonders anstrengende Beschäftigung“ im Reichsbahnverkehr so gut wie gar nicht vorkommt, so daß als Regel der Zehnstundentag gilt. Die Dienstbauernvorschriften vom 8. August 1923 haben in der Praxis die achtstündige Dienstzeit für die Eisenbahner schon außer Kraft gesetzt. Am Montag den 7. Januar soll nun mit den Gewerkschaften der Eisenbahner über die anderweitige Regelung der Dienstzeit bzw. Dienstbauernvorschriften verhandelt werden.

Vor der Entschliebung in England

London, 4. Januar. (Eign. Drahtber.) Der Star will von autorisierter Seite erfahren haben, daß der Führer der Liberalen, Asquith, nichts unternehmen werde, um die konservative Regierung Waldwin zu retten. Angesichts dieser Erklärung schämt man in den konservativen Kreisen die letzte Sitzung auf ein Kompromiß mit den Liberalen vollständig aufgegeben zu haben, und es wird nicht mehr daran gewagt, daß die Verurteilung Macdonalds der Parliamentsauflösung fast unmittelbar folgen werde.

Das neue englische Parlament hält am Dienstag eine vorbereitende Sitzung ab, die jedoch lediglich der Wahl des Sprechers (so nennt man den Präsidenten) und anderen formalen Dingen gilt. Die eigentliche Eröffnung der Session erfolgt acht Tage später durch den König. Die Debatte über die Antimortuarfrage auf die Thronrede wird der Arbeiterpartei voraussichtlich die Gelegenheit geben, das Kabinett Waldwin in die Minderheit zu setzen und es so zum Rücktritt zu zwingen. Macdonald soll seine Ministerliste bereits fertig in der Tasche haben, so daß die Bildung der neuen Regierung lediglich eine Frage von Stunden sein wird. In den Kreisen der Arbeiterpartei gibt man sich im vollen Maße Rechenschaft von der Schwere der Aufgabe, die übernehmenden Aufgabe, und vor allem ist sich Macdonald selbst sehr wohl im klaren darüber, daß sein Kabinett besonders in der ersten Zeit sehr schweren parlamentarischen Gefahren ausgesetzt sein wird.

Der o...  
egen die...  
Arbel...  
hungerl...  
Im R...  
riellen den...  
aufwin...  
in andern...  
rumpf elige...  
In De...  
wehrkamp...  
Die W...  
im ganzen...  
bringen. D...  
Schiedspruch...  
auszuf...  
nenglich...  
geltebern...  
p...  
M...  
er...  
G...  
endb...  
Damit...  
zugunsten...  
Streit...  
Nach in den...  
perfuchen, die...  
für sich auszu...  
zum Reichsan...  
unterstellten...  
erschütter...  
Der Es...  
Stellung des...  
ein Go...  
le in ihrem...  
mäßige häßli...  
auf. Keine e...  
rechnung vorfi...  
Dieser...  
Arbeiterf...  
Eigene gesetzl...  
Ich dem bei...  
ausgewählt, o...  
Arbeiter am...  
Diese f...  
Arbeiterf...  
Schanden...  
einheitsgen...  
Berh...  
Der So...  
Eine Ver...  
schend aus...  
zu n...  
Reichsregi...  
bindungen...  
verbreiten...  
erlaubt wird...  
in...  
Ministern...  
Lürring...  
örung wider...  
thüringische...  
weisen, daß...  
eine Sch...  
schäftigt und...  
genommen...  
meineswegs...  
feststellungen...  
erdrückt...  
Er...  
interjuden...  
so bürgerliche...  
von den...  
Ein Ver...  
lauf und der...  
nach der G...  
recht auch, da...  
Lebe...  
Reu...  
Der Fall...  
werden. In...  
des Reich...  
Reichs...  
nicht...  
Aber im...  
auswärt...  
Reich...  
In...  
ihrem...  
die...  
ist die...  
Der...  
vom...  
die...  
nicht...  
Er...  
abge...  
sachliche...  
der...  
Die...  
Die...  
Weidern...  
vollkommen...  
nicht...  
waren. Diese...  
sehr...  
soll...  
sollat...  
auf...

# An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Der offene Kampf des Unternehmertums gegen die Arbeiter hat begonnen. Nicht nur soll die Arbeitszeit verlängert, sondern auch der jetzige Hungerlohn noch weiter herabgesetzt werden. Im Rheinland wollen die Eisen- und Stahlindustriellen den Arbeitern die zehnstündige Arbeitszeit aufzwingen. Tausende Metallarbeiter in Düsseldorf und in anderen rheinischen Städten sind deswegen in den Arbeitskampf eingetreten.

In Berlin tobt ebenso schon seit einigen Tagen der Streik gegen die Lohnkürzung in der Metallindustrie. Die Arbeiter des Buchdruckgewerbes will man im ganzen Reich zu einer Verlängerung des Arbeitstages zwingen. Der Vorstand des A. D. G. hat gegen den Schiedsspruch des vom A. M. M. eingesetzten Schlichtungsausschusses, der die zehnstündige Arbeitszeit festlegte, sofort energischen Protest erhoben. Die von den Arbeitgebern verlangte Verblüffungserklärung des Schiedsausschusses ist in der Sache nicht abgelehnt worden, aber das A. M. M. hat ausdrücklich erklärt, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit mindestens auf die vierjährige Dauer auch im Buchdruckgewerbe notwendig ist.

Damit hat das Reichsarbeitsministerium erneut zugunsten des Unternehmertums grundsätzlich in den Streit um die Arbeitsbedingungen eingegriffen. Auch in den übrigen Berufen werden alle Unternehmer jetzt versuchen, die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums für sich auszunutzen. Das Vertrauen der Gewerkschaften zum Reichsarbeitsministerium und zu den seinem Einfluß unterstellten Schlichtungsbehörden ist dadurch aufs neue erschüttert.

Der Schiedsspruch für das Buchdruckgewerbe und die Stellung des Reichsarbeitsministeriums zu ihm sind ein Hohn auf die neue Arbeitszeitverordnung, die in ihrem entscheidenden § 1 bestimmt, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten darf. Keine einzige der Ausnahmen, die im übrigen die Verordnung vorsieht, trifft auf das Buchdruckgewerbe zu.

Dieser konzentrierte Angriff gegen die Arbeiterklasse wird in den schweren Zeiten der Not in der Heimat nicht ohne Wirkung bleiben. Die Arbeiterklasse muß sich demnach das Unternehmertum hat sich dafür den besten Zeitpunkt ausgewählt, an dem es glaubt, daß die Widerstandskraft der Arbeiter am schwächsten ist.

Diese Hoffnung auf die ausenstehende Schwäche der Arbeiterklasse muß die Gewerkschaften mit aller Schärfe machen. Wir rufen Euch hiermit auf zum einheitlichen Widerstand gegen den Ansturm auf Eure Rechte,

gegen die weitere Verschlechterung Eurer Lage. Stellt Euch geschlossen mit Euren moralischen und materiellen Kräften hinter die kämpfenden Arbeitsbrüder, die den Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung auch für Euch mitführen.

Die einzelnen Verbände werden, soweit es nicht schon geschehen ist, den Widerstand organisieren, damit durch planvolles Einsetzen der Kräfte der Erfolg möglichst erleichtert wird. Zu dem gleichen Zweck wird auch der Bundesausschuß sich in den nächsten Tagen mit der Lage befassen. Trotzdem werden die Kämpfe, die bereits toben und die noch folgen werden, der Arbeiterklasse große Opfer auferlegen. Aber die deutschen Arbeiter haben früher schon so viele Beweise von Opfermut und Opferfreudigkeit geliefert, daß sie es auch diesmal daran gewöhnt nicht fehlen lassen werden.

Wir haben nicht die Hoffnung, daß die Preise im Unternehmertum, die jetzt die Rufer im Streit sind, sich in ihrer Haltung noch beeinflussen lassen werden. Handelt es sich doch für sie

viel mehr um politische als um wirtschaftliche Ziele. Die Arbeiterbewegung soll wieder zur vollen Einflussigkeit im Staat gebracht werden. Die Klassengegensätze sollen nicht nach Möglichkeit gemildert, sondern im Gegenteil noch weiter vertieft werden. Man schürt den Klassenkampf, um durch den erhofften Sieg der eigenen Klasse die kapitalistische Herrschaft über die Klasse des Volkes wieder aufzurichten.

Alle, die in diesem Kampf gegen die Arbeiter stehen, werden die Verantwortlichen für die Folgen mit tragen müssen. Die Arbeiter am Rhein und an der Ruhr und auch im übrigen Deutschland werden die Enttäuschung, die man ihnen bereitet, nicht verzeihen. Sie haben nicht auf Versprechungen gebaut, wohl aber auf abgeschlossene Verträge und auf die Einsicht in das allgemeine Volksinteresse.

Die Arbeiterbewegung wird nicht unterliegen, um so weniger als dieser Krisenzeit wieder ein Aufschwung der Konjunktur folgen wird. Wir vertrauen auf Euch, Gewerkschaftsmittglieder! Ihr habt für das Volksinteresse schon oemal Opfer gebracht, so daß Euch noch mehr nicht zweifeln werden darf. Jetzt seid bereit, für Eure eigenen Interessen, für Eure Familie, für Eure Zukunft zu opfern und wenn nötig auch zu kämpfen. Haltet treu zu Euren Organisationen und folgt ihren Weisungen. Seid einig, einig!

Berlin, den 5. Januar 1924.  
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

## Parteitagbeschluss und Ministerpräsident

Aus der Staatskanzlei geht der Presse folgende Mitteilung zu:

(St. A.) Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei hat am 6. Januar 1924 beschlossen, daß der am 4. Januar 1924 vom Landtag gewählte Ministerpräsident Seibt zurücktreten soll. Ministerpräsident Seibt ist nicht in der Lage, diesem Beschlusse Rechnung zu tragen. Nach Artikel 27 der Verfassung hat lediglich der Landtag über das Verbleiben eines Ministers im Amte Bestimmung zu treffen. Wollte Seibt von sich aus zurücktreten, noch ehe die neue Regierung vollständig gebildet worden ist, so würde eine Unterbrechung der Regierungsgeschäfte eintreten, für die er nicht die Verantwortung tragen kann.

Dazu wird von besonderer Seite noch folgendes dargelegt: Nach der Verfassung würde bis zur Ernennung einer Regierung die bisherige Regierung die Regierungsgeschäfte als geschäftsführendes Kabinett weiterführen. Ein Kabinett ist aber noch gar nicht vorhanden, sondern lediglich der Ministerpräsident. Würde dieser jetzt zurücktreten, so wäre überhaupt keine Regierung in Sachsen vorhanden. Es müßte dann, wenn notwendig, das Reich für die Bestellung einer verantwortlichen Regierung besorgt sein, aber, da mit den Verhältnissen in Sachsen, müßte die Militärschlechte die Regierung übernehmen. Daß die beiden vorgenannten Wege aber ungangbar sind und zu einer furchtbaren Verletzung des gesamten Volkes führen würden, dürfte ohne weiteres klar sein. Zudem kommt, daß der Ministerpräsident Seibt vom Landtag gewählt und vereidigt worden ist, demzufolge nach der Verfassung auch bestimmte Pflichten hat, die auch durch einen Parteitagbeschluss nicht außer Kraft gesetzt werden können. Aus alledem ergibt sich, daß die Durchführung des Parteitagbeschlusses nicht möglich ist.

## Kleine politische Nachrichten

**Wie Seckt das deutsche Volk bevormundet**  
Der Inhaber der volksherrlichen Gewalt, General von Seckt, hat auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. September 1923 den Betrieb der roten Fahne, Blau, des Gabelkreuzes, und der internationalen Pressekorrespondenz, Wien, für das Reichsgebiet verboten. Das deutsche Volk darf aus dem Ausland nur erfragen, was ihm sein Vormund erlaubt. Es lebe der herrliche Ausnahmezustand!

**Immer neue Opfer**  
In Stuttgart an der Saar gab ein französischer Soldat bei Streitigkeiten zwischen französischem Militär und Zivilisten drei Schüsse auf die Menschenmenge ab, die sich angeammelt hatte. Ein Mann wurde durch einen Herzschuß getötet, ein anderer schwer verletzt.

**Unruhen in Japan**  
London, 6. Januar. (Sig. Dr. A. H.) Nach Meldungen aus Tokio haben dort am Sonnabend Abend Unruhen und Kundgebungen gegen die Dynastie stattgefunden. Von einem Koreaner wurde eine Bombe gegen das augenblicklich unbesetzte Kaiserliche Palais geschleudert. Die Bombe ist jedoch nicht zur Explosion gelangt.

## Verhandlungen über Thüringen

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet:

Eine Vertretung des thüringischen Ministeriums, bestehend aus den Staatsministern Frölich, Greil, Gartzmann, wollte am Sonnabend zu Besprechungen mit der Reichsregierung in Berlin. Leber den Verlauf dieser Verhandlungen hat die Reichsregierung halbamtlich eine Mitteilung verbreiten lassen, die dem tatsächlichen Verhandlungsverlauf nicht entspricht, im übrigen aber auch den Vereinbarungen zwischen den Ministern der Reichsregierung, speziell dem Reichsminister für Thüringische Ministerien über die zu vermittelnde Vereinbarung widerspricht. Die Verhandlung der Reichsregierung mit den thüringischen Ministern lautete dahin, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß die Besprechungen stattgefunden haben, am Montag eine Sitzung des Reichskabinetts mit diesen Verhandlungen beigewohnt und am Dienstag erneut eine Besprechung mit den thüringischen Ministern in Berlin vor sich gehen soll. Nachweislich kann überhaupt allgemein von der Besprechung von Verhandlungen gesprochen werden, die im Verlauf der Unternehmungen erledigt worden seien, wie es in dem halbamtlichen Bericht heißt. Ein Teil der „Bestimmungen“, die von der sogenannten Untersuchungskommission oder besser der Kommission zur Förderung der bürgerlichen Wahlpropaganda in Thüringen gemacht wurden, sind von den thüringischen Ministern entzweit worden.

Ein Vergleich zwischen dem tatsächlichen Verhandlungsverlauf und der unmaßvollen amtlichen Meldung zeigt nicht nur, daß von der gegenwärtigen Reichsregierung zu halten ist, sondern auch, daß Herr Marx, der angeblich gerade benannte

Mann, sich inzwischen ebenfalls stark gewandelt hat. Wäre das nicht der Fall, dann hätte eine bereit herablassende halbamtliche Meldung der Öffentlichkeit überhaupt nicht übergeben werden können.

## Frankreichs ablehnende Antwort

Paris, 6. Januar. (Sig. Dr. A. H.) Über die französische Antwort auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember letzteren nach wie vor die verschiedenen Versionen. Diese stimmen darin überein, daß die Antwort zwar in konstantem Tone, dafür aber nicht minder energisch in der Ablehnung aller deutschen Forderungen sein werde, auf die es Berlin in erster Linie ankomme. Dafür wird von Organen, die den leitenden Stellen nahesteht, neuerdings der Wandel lanciert, man solle die wirtschaftlichen Fragen, sei es in administrativer, finanzieller oder wirtschaftspolitischer Natur, der Diskussion zwischen den Beauftragten und den lokalen deutschen Instanzen überlassen und statt dessen versuchen, zwischen den Regierungen eine Aussprache allgemeiner politischer Natur über den gesamten Komplex der zwischen Deutschland und Frankreich stehenden Fragen in Gang zu bringen.

Die Nachricht von der bevorstehenden Ankunft des Herrn Stinnes wird hier trotz der diesseitigen gerade wegen des Demontis der D. A. A. für sehr wahrscheinlich gehalten. Augenblicklich fällt hier Herr Otto Wolff nicht durch seine Anwesenheit und seine Vermählungen, mit den führenden französischen Kreisen in Verbindung zu treten, sondern vor allem auch durch die Splendendität seiner Ausgaben auf.

## Leben • Wissen • Kunst

**Verdis Fallstaff**  
Neuinszenierung im Opernhaus

Der Fallstaff ist in Dresden seit 1918 nicht mehr aufgeführt worden. In den letzten Jahren sprach man hier von ihm wie von einem toten Wesen. Man erinnere sich, daß er der Schöpferkraft des Kapuzinerorden entspricht, modern in musikalisch-romantischem Sinn, wichtig und — namentlich in Bezug auf die Kunst — von bedeutendem Gehalt. Die Opernkomitee hat die Operninszenierung des Verdis Fallstaff in Dresden inszenieren lassen. Diese Bemühungen sind erst neuerdings ein wenig gebrochen worden, und die Aufführungen haben nun Ursache, der Verehrung für die verdienstvolle Kunst in Wert gesetzt. Wiederholentlich hat man sich zu denken, wie auch — und das ist gleichbedeutend — für die Wohlgeleitene und unserer Oper zur Ehre stehende Neuinszenierung überhaupt.

Die Nicolais Oper Die letzten Welter von Windsor, so ist auch Verdis Fallstaff in Lustspiel Schalksprache Die letzten Welter von Windsor nachgebildet. Das Lustspiel ist ein zweier Aufzüge des Genies der Fallstaffen aus den beiden Heinrich der Vierte, dessen, wo sie als gegenläufige Nebenhandlung der Haupthandlung aufs glücklichste gegenüberstehen und das Lustspiel darstellend, das die komische Mule aller Zeiten und Kulturen hervorgebracht hat. Aber im Lustspiel wie in den zwei Opern steht Fallstaff, dieser komisch-streikgewordene Grammatiker, am Mittelpunkt des Geschehens. Und diese Satzung und Widmung hat mit ihrem ausgedehnten Lichte erlangt, die dazu noch dauernd überdipelt wird durch ihren Untertan mit ihm dem Humor benehmet, — unmaßig — ist die unmaßig eine unmaßig einen Abend lang wunderbar. Dieser Fallstaff ist die Schwade Stelle des Stückes. Was, wenn ihm der Meister Verdis die Junge löst und in ein Darsteller und einer vom Range Burgs verleiht und in die Region heitern eines Stückes. Von dieser in der dramatischen Konstitution liegenden Lösung abgesehen, ist der Fallstaff Robert Burgs eine demunterwürdigste Leistung virtueller Spielkunst, die zudem das groteske Element der Rolle nicht ohne Einfluß ritterlicher Höhe läßt.

Die nahe Stoffliche Verwandtschaft der Fallstaffen mit Nicolais Lustigen Weibern stellt die Neuinszenierung naturgemäß die Aufgabe, vollkommen selbstständig zu verfahren; dort aber, wo einem Stück nicht entgegenstand war, das Wort und Nebenbild zu überwinden. Diese Aufgabe hat der als Inszenator aufstrebende Fallstaff sehr glücklich gelöst, und mehr noch: er hat überhaupt das Lustspiel aus dem Lustspiel herausgeholt und gestaltet. Was Fallstaff hat unter künstlerischer Beihilfe Arthur Gabels ansprechende,

den Raum gut einsetzende Bühnenbilder gestellt, so daß immer mit Rücksicht auf die Freilichtaufführung, die traumliche in Abendkleid stehende Schänke und den entzweitenden Kart in Windsor. Und es ist nicht ins Gewicht, daß die leuchtendste Dunkelheit des Bühnenraums zum Hofenhande von dem maritimen Kellergerüche getragen wird. Auch der trübsinnigste Verstand kann so hat zur Wirkung beigetragen, indem er die- und Whantastefolium mit klugem Sinne mischt.

Unser Fallstaff Gegenüber ist der eifersüchtige Ford am wenigsten klar geteilt. Dem spielwahnigen Staegen man gelangt es, diesen Mangel nicht sehr sichtbar werden zu lassen. In weit größerem Maße stehen die übermäßigen Frauen Ford, Quixote und Vage, als welche Briefe Schuch, Anna Terzani und Helene Jung mit erpöhter Laune am Werte waren. Entzweit stellt Grete Klitz das Mädchen dar, dessen Verlobter Penzler (Ludwig Schütz) gesunglich leider zu schanden. Ferner sind noch der Dr. Cajal Heinrich Lehmann und die liebliche Witwe Wardolph und der Herr von Lange und Wuttig als würdevolle Mitglieder zu nennen. Zur letzten Bild erstreuen hübsche Regenerbewegungen, die Rudolf Hornum entworfen und einstudiert hat. Karl Wembaur ist um Jubelhaftigkeit und Wohlklang der Chöre besorgt gewesen.

Über allem aber waltet Fritz Busch, der stillschweigenden Geistes und mit Weisheit den Vorschlag des Werkes regulierte. Als vornehmster die lustigste Schlussszene in Panieren des Hebermats ausfüllt, war der Jubel im Hause groß, und Busch wurde mit den Darstellern und seinen getreuen Helfern unzähligmal heroisiert.

## Dresdner Kalender

Theater am 8. Januar. Opernhaus: Fallstaff (7 1/2). Volksbühne Nr. 874 bis 878. — Schauspielhaus: Wunderschöne H.: Baumeller Solich (7). Volksbühne Nr. 877 bis 709. — Neustädter Schauspielhaus: Der Sprung in die Luft (7 1/2). Residenz-Theater: Herr von Kuchnacker (8 1/2). Mübi (7 1/2). Neues Theater (Kaufmannschaft): Der Schildpausam (7 1/2). Volksbühne Nr. 1181 bis 1180.

Opernhaus. Heute nicht, wie im Spielplan bekannt gegeben. Die Schmeider von Schönewald, sondern Regolitto (7 1/2).

Neue Leiter für das Grüne Gewölbe und das Münzkabinett. Der Direktor des Grünen Gewölbes und des Münzkabinetts, Professor Dr. Sponzel, ist am 1. Januar in den Ruhestand getreten. Vom gleichen Tage an ist die Leitung des Grünen Gewölbes dem Direktor des Historischen Museums nebst der Gewerkgalerie, Professor Dr. Paetzl, mit übertragen worden, während mit der Leitung des Münzkabinetts der Rufes an dieser Sammlung, Dr. Schmitzow, beauftragt worden ist.

## Gewerkschaftsbewegung

**Buchdrucker vor der Aussperrung**  
Am Freitag tagte im Volkshaus eine Vertrauensmänner-Versammlung aller in Dresden bestehenden Druckereien. Sie nahm Stellung zu der brutalen Aussperrung der Personale sämtlicher deutscher Buchdruckereien. Gewerkschaftlicher Parteitag ging ausführlich auf die Angelegenheit ein. Die deutsche Arbeiterbewegung sei bereit und bereit, die Verhältnisse der Druckereiarbeit wieder anzusehen zu lassen. Das Zukunftskommen ein t neuen Tariffs, der vom 1. Januar dieses Jahres an Gültigkeit haben soll, sei wegen der exorbitanten Forderungen der Prinzipale gänzlich, so daß die Buchdrucker (Weißler und Giffelweil) seit diesem Datum ohne Tarif sei. Der Schiedsspruch der Reichsarbeitsministerien sei aber den Forderungen der Unternehmer in Bezug auf die zehnstündige Arbeitswoche unbegreiflich. Diese entgegengekommen. Daß dieser Spruch von uns abgelehnt werden mußte, war eine Selbstverständlichkeit. Da die von Unternehmerseite geforderte Verbindlichkeitsklärung aber abgelehnt wurde, vertritt sie nun, mit Gewalt und Ausperrung der Personale auf die Seite zu zwingen. Aber vernies auf die Verordnung über das Arbeitszeitgesetz, das mit dem 1. Januar in Kraft getreten und in dem der Achtstundentag als neue Norm festgesetzt ist, man könne das ab nur erklären, daß die Bindungen ungeschicklich seien, und man würde alle Instanzen ersuchen, um der Unternehmerrseite begreiflich machen zu lassen, wie egoistisch und unsozial sie im Zeichen der großen Arbeitslosigkeit handle. Mehrere der Funktionäre, auf die Personale einwirkten, daß sie sich dem Ernst der Situation anpassen. Nur die Organisationen seien die besten Vertreter, mit den Unternehmern zu verhandeln. Aus den Verleihen der Vertrauensleute ging hervor, daß einzelne Personale noch nicht gekündigt worden war. Es beherzigt alle ein guter Geist im Vertrauen auf ihr gutes Recht. Eine kollektive Unterstützung ging durch sämtliche Kollegen. Mit einem Appell an die Anwesenden schloß die gutbesuchte Versammlung.

Sich es sich tatächlich um eine Aussperrung handelt, beweist ein Rundschreiben der Firma Richard Greiling, das folgenden Inhalt hat: „Da eine neue tarifliche Vereinbarung im deutschen Buchdruckgewerbe bis jetzt nicht erfolgt, hat die Deutsche Buchdrucker-Vereinigung die Durchführung des vom Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums gestellten Schiedsspruches über die Aussperrung sämtlicher Arbeitnehmer beschlossen. Zu dem Zweck kündigen wir Ihnen hiermit Ihr Arbeitsverhältnis zum 12. Januar 1924.“

## Der Berliner Metallarbeiterstreik beendet

Am Sonntag den 6. Januar tagte eine Konferenz der Arbeiter- und Betriebsräte der Berliner Metallarbeiter. Sie hat einstimmig beschlossen, den Streik auf Grund folgender Vereinbarungen mit den Unternehmern als beendet zu erklären: Die Arbeiter betrogen mit Wirkung vom 31. Dezember 1923 in der Klasse 1 48 Pfennig pro Stunde, in der Klasse 2 38 Pfennig. Dazu kommen für Verheiratete eine Sozialzulage für die Frau von 2 Pfennig und für jedes Kind von 4 Pfennig, für die Lohnarbeiter, qualifizierten Arbeiter, eine Ausgleichzulage in der Klasse 1 von 4 Pfennig und in Klasse 2 31 Pfennig. Die Konferenz nahm folgende Resolution an:

„Im Interesse der gesamten Berliner Metallarbeitergewerkschaft, soweit sie in den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen beschäftigt ist, beschließt die Konferenz der Betriebs- und Arbeiterräte: Das Ziel der Unternehmern, der Berliner Metallarbeitergewerkschaft einseitig ein Diktat aufzuzwingen, ist einhimmigen Widerstand der Metallgewerkschaften gescheitert. Wenn auch das erreichte Verhandlungsergebnis nicht voll befriedigen kann, so entspricht die Konferenz doch die Annahme beschließen und fordert die Metallgewerkschaften auf, die Arbeit aufzunehmen.“ — Voraussichtlich wird am Dienstag die Arbeit aufgenommen. Die zehnstündige Arbeitswoche wird beibehalten.

**Z.G.** Donnerstag, 10. Januar  
abends 6 Uhr  
**wichtige Sitzung**  
im Druckereigebäude,  
Bettendorferplatz 10, Glanzhaus, 1. Treppe  
(Schiedsgericht)





Die Mähzelle des Schweinezüchters

Wegen Zurückhaltung von Waren hatte sich der Gutbesitzer und Schweinezüchter Ernst Wilhelm Kraus...

Wohlfahrtsvereinsmitglied Steuer führte als Junge aus, daß Angelegenheit wegen Verdacht der Warenzurückhaltung...

Der Vertreter der Anlage forderte Verhaftung wegen wucherischer Zurückhaltung von Waren. Alles, was Kraus...

Der Verteidiger sprach natürlich für Freisprechung des Beschuldigten. Er behauptete, die ganze Angelegenheit...

Der Arbeitsmarkt in Dresden zeigte nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises in der Woche vom 29. Dezember 1923...

Neue gesetzliche Anwaltsgebühren sind am 1. Januar 1924 in Kraft getreten, die im allgemeinen den Vorkriegsgebühren in Goldmark entsprechen...

Neue Steuermarken. Wie das Landesfinanzamt mitteilt, werden künftig von den Postanstalten nur noch auf Goldmark lautende Einkommensteuermarken ausgegeben...

Der Verkauf von Gekupferblechen findet in der Verkaufsstelle Breite Straße 9, 1. ab Mittwoch den 9. Januar...

Wohnenentwägung wird eine Vortragveranstaltung bei der Landesabteilung Sachsen der Reichszentrale für Heimabienst...

In Werkstatt, Fabrik, Freundes- u. Bekanntentreffen

überall, wo sich die Gelegenheit bietet, mußt du auf die Bedeutung der Gemeindevahlen hinweisen...

Drum werbe für die sozialdemokr. Kandidaten!

ganisationen und der Lehrerschaft. Vortragsprogramme und Eintrittskarte, deren Zahl beschränkt ist, werden im Geschäft...

Die Beiträgel gelte? Das astronomische Weltbild nach neuesten Forschungen? Der Versuch des unter diesem Titel am Mittwoch...

11. Volksschule am Sebnitzer Platz. Angeregt durch das Kinderhilfswerk des Dresdner Lehrervereins...

Einbrüche und Diebstähle. Am 31. Dezember 1923 während der Mittagspause drangen Diebe in ein Konfektionsgeschäft...

Herrenlose Eaten. In der Effektenverwahrungsstelle des Volkspolizeiamtes befinden sich vier Herrenkoffer...

Dresdner Umgebung

Coffeabaude. Gemeinderatsitzung am 28. Dezember. Der Sitzungspreis hat den Friedenspreis um ein Vierel...

Bereins- und Versammlungs-Kalender

Wohnvereins-Vereinsversammlung Dresden, Neu- und Vorkriegsstadt, Gruppe II. Donnerstag den 10. Januar 1924...

der Anschlagfäden wird vom 1. Januar an in eigene Regie übernommen und dem Verwaltungsausschuß vorgeschlagen...

Gesellschaft. Eine vor Monaten erhobene Forderung des Elternrates u. n. W. über den Betrieb der Schulbücher...

Aus dem Barteileben

Dresdner Stadtgruppentreffen! Morgen Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus...

B.S.P.D. Obiente der Dresdner Großbetriebe! Morgen Dienstag, abends 6 Uhr, im Volkshaus...

Groß-Dresden

Jungsozialisten Kötzsch-Plauen. Dienstag den 8. Januar im Jugendheim, Kötzsch 15, Dietrichshofstraße.

Jungsozialisten Neustadt. Dienstag den 8. Januar Vortrag im Heim.

Frauengruppe Pieschen. Mittwoch, 9. Januar, 7 1/2 Uhr, im Pieschen Restaurant, Pieschenstraße, Frauenabend mit Vortrag...

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Bezirkstag: 17. Februar. In diesem liegt der Antrag vor, daß 1924 ein Bezirksfest stattfinden soll...

Wettervorhersage für den 8. Januar. Vorhersage stark bewölkt, vereinzelt Schneefälle. Temperatur schwach bis mäßig frost, stellenweise neblig, schwach windig.

Sportwetterbericht

(Mitgeteilt durch die Sportabteilung des Vobebauers Renner.) Pieschen: Bedeckt, Nordwest, Barometer steigt...